



CHILE VERSTEHEN

Gesellschaft, historisches Erinnern und aktuelle Konflikte

Dossier von Olaf Kaltmeier und Nicole Schwabe
zur Unterrichtsmappe ›¿Cachai Chile? Sociedad. Memoria.
Conflictos actuales.‹

Dossier **4**

Olaf Kaltmeier & Nicole Schwabe

Chile verstehen – Gesellschaft, historisches Erinnern und aktuelle Konflikte

**SACHANALYSE (DOSSIER)
zu Themenmappe 4**

**Unterrichtsmaterialienreihe
›Wissen um globale Verflechtungen‹**

IMPRESSUM

**Chile verstehen- Gesellschaft, historisches
Erinnern und aktuelle Konflikte.**

Herausgeber

Center for InterAmerican Studies (CIAS) an der
Universität Bielefeld

Reihe

Wissen um globale Verflechtungen

Verantwortlich

Olaf Kaltmeier, Nicole Schwabe

Autor_innen dieses Dossiers

Olaf Kaltmeier, Nicole Schwabe

Gestaltung

Nathow & Geppert

Druck

2017, kipu-Verlag, Bielefeld,
getragen vom Förderverein
Interamerikanische Studien e.V.
ISBN 978-3-946507-04-8
ISSN 2366-4916

Entstanden im Rahmen des Projektes
›Die Americas als Verflechtungsraum‹, finanziert
durch das BMBF
(Bundesministerium für Bildung und Forschung)



¿Cachai Chile? Sociedad. Memoria. Conflictos actuales.

Unterrichtsbausteine für den Spanischunterricht

›¿Cachai Chile?‹ heißt übersetzt so viel wie ›Kennst du Chile?‹. Ziel der Unterrichtsbausteine ist es, die Diversität von Land und Leuten sowie unterschiedliche Lebensrealitäten zu vermitteln. Zentral ist dabei die Auseinandersetzung mit historischen Verflechtungen. So werden aktuelle Konflikte – wie etwa die Studierendenproteste oder der Konflikt zwischen Mapuche und chilenischem Staat – auch in ihrer historischen Perspektive beleuchtet. Daneben zieht sich die Debatte über historisches Erinnern als roter Faden durch die gesamte Mappe.



INHALT

Einleitung	4
Der schwierige Weg von der Diktatur zur Demokratie	5
Chile als neoliberales Modell	6
Jugend protestiert	9
Mapuche – Zwischen Anerkennung und Repression	12
Ausblick: Erinnern in der Kulturproduktion	16
Literaturempfehlungen	18

EINLEITUNG

Es ist sicherlich kein Zufall, dass Chile so präsent in deutschen Lehrplänen ist, denn die deutsche Geschichte ist eng mit der chilenischen verbunden. Hier ließe sich die Migrationsbewegung von Deutschland nach Chile nennen, die insbesondere nach dem Scheitern der Deutschen Revolution von 1848 anstieg und den Süden Chiles bis heute sichtbar prägt. Nennenswert ist auch die Geschichte der *Colonia Dignidad* (dt.: Kolonie der Würde), einer christlichen Sekte, die Anfang der 1960er Jahre aus der Nähe von Siegburg nach Chile auswanderte und dort eine Siedlung, die heutige Villa Bavaria, aufbaute, in der nicht nur systematischer Kindesmissbrauch betrieben wurde, sondern die während der Diktatur auch als Folterzentrum für politische Gefangene funktionierte. Ein Kapitel der deutsch-chilenischen Geschichte, das bisher nur unzureichend aufgearbeitet wurde. Zudem war Chile für viele junge Menschen im durch die 68er-Bewegung aufgewirbelten Nachkriegsdeutschland ein wichtiger Bezugspunkt. Als die *Unidad Popular* (Volksfront) 1970 demokratisch gewählt unter der Präsidentschaft Salvador Allendes an die Macht kam und einen demokratischen Sozialismus durchsetzen wollte, war das für viele politisierte junge Leute ein Lichtblick. Der Militärputsch am 11. September 1973 war daraufhin ein Schock und hatte ein Echo in vielen Teilen der Welt. In der Bundesrepublik entstand eine sehr starke Solidaritätsbewegung, in der auch viele junge ChilenInnen aktiv waren, die in Deutschland im Exil lebten. Aber auch in der DDR gab es eine breite Solidarisierung mit Chile. In dem Maße, wie das erschreckende Ausmaß der Verfolgung in Chile sichtbar wurde, wuchsen die Empörung und Hilfsbereitschaft in Europa. Am 14. November 1974 demonstrierten beispielsweise in Frankfurt am Main 30.000 Menschen gegen die Militärdiktatur, in demselben Jahr erhöhten die Chile-Nachrichten (heute Lateinamerika-Nachrichten) ihre Auflage auf 4.000 Exemplare und in nahezu jeder deutschen Kleinstadt bildeten sich Chile-Komitees. Diese breite Solidarisierung in Deutschland angesichts der brutalen Repression in Chile deutet auf einen wesentlichen Aspekt für internationalistisches Engagement hin – der Fähigkeit zur Empathie, die Empfänglichkeit sich von Elend und Gewalt anrühren zu lassen und Mit-Leid zu zeigen. Gerade für die deutsche Solidaritätsbewegung war die nur unzureichende Bewältigung der eigenen

NS-Diktatur sicherlich ein gewichtiger Faktor, der die breite Unterstützung erklärt. Zentrale Figuren der heutigen chilenischen Öffentlichkeit suchten damals in Deutschland Asyl. Der Autor LuíS Sepúlveda lebte in Hamburg, der Schriftsteller Antonio Skármeta in Westberlin. Letzterer bekleidete von 2000–2003 das Amt des chilenischen Botschafters in Deutschland. Michelle Bachelet, die im Jahr 2006 als erste Frau Präsidentin Chiles wurde, lebte mehrere Jahre in der DDR und konnte dort ihr Medizinstudium fortsetzen. Zudem befeuerten die chilenische Protestmusik der ›Canción Nueva‹ (zu nennen sind Víctor Jara, Violeta Parra, Inti Illimani, Quilapayún) sowie der beginnende Boom lateinamerikanischer Literatur (Pablo Neruda, Isabel Allende, Antonio Skármeta) das Interesse an Chile. Anfang der 1980er Jahre hatte die Chile- ›Soli-Bewegung‹ in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt jedoch überschritten. Es zeichnete sich ab, dass die Diktatur nicht in kurzer Zeit zu Fall zu bringen war. Zudem trat mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua (1979) ein anderes Objekt der Solidarität auf – Solidaritätsarbeit unterliegt also auch bestimmten politischen Moden. Und Chile wurde langsam out.

Heutzutage wissen deutsche SchülerInnen wahrscheinlich kaum noch etwas über Chile. Mit der Themenmappe ›Cachai Chile?‹ wird der Versuch unternommen, Schülerinnen und Schülern eine Gesellschaft näher zu bringen, die ihnen aus ihrer eigenen Lebensrealität heraus erstmal sehr weit weg erscheinen mag. Dabei setzt die Mappe an zentralen Konfliktfeldern der chilenischen Gesellschaft an und beleuchtet diese auch in ihrer historischen Perspektive. So wie Geschichte für SchülerInnen oftmals sehr weit weg erscheinen mag, birgt geographische Ferne sicherlich auch die Schwierigkeit eines diffusen Gefühls eines »Was hat das mit uns zu tun?«. Doch bietet diese Ferne und das Unbekannte sicherlich auch die Chance Interesse zu wecken, mal etwas Anderes kennenzulernen und aus dem Alltag, den üblichen Themen, dem Klassenraum hinauszukommen. Was lässt sich aus der Auseinandersetzung mit einer anderen Gesellschaft ziehen? Lässt sich vergleichen? Lassen sich Erkenntnisse in einen Bezug zum deutschen Kontext setzen oder könnten daraus vielleicht Anregungen entstehen, das eigene Umfeld mal aus einer anderen Perspektive zu betrachten? Oder stehen die Beispiele aktueller Konfliktfelder erstmal nur für sich? Lassen sie sich vielleicht auch nur im Kontext der chilenischen Geschichte verstehen? Aber gibt es die denn überhaupt? Die abgeschlossene ›chilenische‹ Geschichte oder »die« chilenische

Gesellschaft. Ziel der Mappe ist es aus eben einem solchen Containerdenken herauszukommen und eindimensionale Kulturverständnisse aufzubrechen, Zusammenhänge zu entdecken, aber auch Unterschiede stehenlassen zu können sowie Machtasymmetrien sichtbar zu machen. Die folgende Sachanalyse bietet – orientiert an der Struktur der Unterrichtsmaterialien ›¿Cachai Chile? Sociedad. Memoria. Conflictos actuales.‹ – weitergehende Hintergrundinformationen zu aktuellen Konfliktfeldern im Spiegel der Vergangenheit.

DER SCHWIERIGE WEG VON DER DIKTATUR ZUR DEMOKRATIE

Zum Verständnis der jüngeren Geschichte und des gegenwärtigen Chiles ist eine Auseinandersetzung mit dem gewaltsamen Ende der sozialistischen Regierung (1970–1973), der Militärdiktatur (1973–1990) und dem nachfolgenden schwierigen Übergang zur Demokratie (ab 1990) unabdingbar. Im lateinamerikanischen Vergleich hatte Chile bereits relativ früh zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine aktive und gut organisierte Arbeiterbewegung, die auf dem Weg der demokratischen Wahlen den Weg zum Sozialismus beschreiten wollte. Doch erst bei seiner vierten Präsidentschaftskandidatur erzielte der Sozialist Salvador Allende als Kandidat des Parteienbündnisses der *Unidad Popular* (Volksfront) 1970 die relative Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen und wurde im selben Jahr vom Parlament, in dem sein Bündnis nicht die Mehrheit besaß, zum Präsidenten gewählt. Die *Unidad Popular* setzte mit ihrer Politik an der Stelle an, an dem das Reformprojekt der vorigen christdemokratischen Regierung unter Eduardo Frei im Sande verlaufen war. Unter dem Slogan »Revolution in Freiheit« hatten die Christdemokraten ein weitreichendes Reformkonzept verfolgt. Doch bereits 1967 wurde deutlich, dass die Christdemokraten nicht in der Lage waren, entsprechende Reformen durchzusetzen. Die *Unidad Popular* dagegen baute auf strukturelle Änderungen, auf einen spezifisch »chilenischen Weg zum Sozialismus«, der sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung vollziehen sollte. Damit wurde der chilenische Weg zum Sozialismus ein Modell oder »soziales Laboratorium«, so Allende 1972, für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Hauptpfeiler der Politik Allendes waren die Vertiefung der Agrarreform und die Verstaatlichung des Kupferbergbaus sowie weiterer zentraler

Wirtschaftsbereiche und der Banken. Zudem wurden die Löhne und Gehälter angehoben und neue Wohnungen geschaffen. Ende 1971, nachdem die Verstaatlichung des Kupferbergbaus, Chiles wichtigster Wirtschaftszweig, am 11. Juli einstimmig im Parlament verabschiedet worden war, sah die sozioökonomische Bilanz der Allende-Regierung durchaus positiv aus. Doch danach begannen externe, zumeist von den USA betriebene Destabilisierungsmaßnahmen wie die Senkung der Kupferpreise auf dem Weltmarkt, internationale Boykottmaßnahmen, von den USA finanzierte Protestaktionen, Attentate, Kampagnen in den Medien usw. Hinzu kamen intern verursachte Probleme wie eine steigende Inflation und die Verknappung von bestimmten Konsumgütern. Die von der politischen Opposition zur Allende-Regierung vorangetriebenen Destabilisierungsmaßnahmen mündeten am 11. September 1973 in einen Putsch der Streitkräfte.

Der von den USA unterstützte Putsch markiert einen massiven Bruch mit der vorherigen Gesellschaftsordnung. Insbesondere die ersten Jahre der Diktatur zeichneten sich durch ein Machtmonopol der Militärjunta und eine Politik des Terrors aus, die darauf ausgerichtet war, den zuvor von der demokratisch gewählten Regierung Allendes eingeschlagenen Weg zum Sozialismus zu beenden und Chile in ein Laboratorium für neoliberale Wirtschaftspolitik zu verwandeln. Zur Hauptfigur der Putschisten wurde der noch kurz vor dem Putsch ins Amt berufene Augusto Pinochet, der sich rasch zum alleinigen Diktator aufschwang. Die Terrorherrschaft war jedoch – insbesondere im internationalen Rahmen – nur schwierig zu legitimieren. Durch die Schaffung einer Verfassung, die durch ein manipuliertes Plebiszit im Jahr 1980 legitimiert wurde, schaffte die Militärregierung ein neues politisch-institutionelles Fundament zur Absicherung ihrer Herrschaft. Der Übergang zur Demokratie lässt sich im Oktober des Jahres 1988 mit dem Referendum über die Ablösung der Militärregierung ansetzen. Der Bevölkerung wurde hiermit die Entscheidung darüber überlassen, ob General Augusto Pinochet noch bis 1997 das Amt des Präsidenten innehaben sollte oder nicht. Der Sieg der Opposition und ihrer Kampagne des ›No‹ führte zu Gründungswahlen im Jahr 1989, bei denen die Opposition wiederum die Mehrheit der Stimmen erzielte. So wurde im März 1990 der Christdemokrat Patricio Aylwin als Präsident eingesetzt.

Präsident Aylwin war es auch, der 1990 durch die Einsetzung der ersten Wahrheitskommission ›Comisión Nacional de Verdad

y Reconciliación« (Nationale Kommission für Wahrheit und Versöhnung) die Aufarbeitung der in der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen anstieß. Bekannt ist die Kommission unter dem Namen Comisión Rettig, benannt nach dem Vorsitzenden Raúl Rettig. Der 1991 veröffentlichte Bericht bildete unter anderem die Grundlage für die späteren Entschädigungszahlungen für Angehörige der Opfer. Während die Rettig-Kommission insbesondere die über 3.100 während der Diktatur begangenen politischen Morde erfasste, konzentrierte sich der 2004 veröffentlichte Bericht der Valech-Kommission (benannt nach dem Vorsitzenden Sergio Valech) oder offiziell »Comisión Nacional de Prisión Política y Tortura« (Nationale Kommission zu Politischen Gefangenschaft und Folter) auf Folter. Die Kommission erfasst 27.255 politische Gefangene während der Diktatur, von denen über 90 % gefoltert wurden. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Opferzahlen noch um einiges höher sind. Schätzungen gehen von ca. 10.000 weiteren Opfern aus.

Die juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in der post-diktatorischen Ordnung zeichnet sich dadurch aus, dass strikt die zum Zeitpunkt geltende Rechtsnorm angewendet wird. Durch ein Rückwirkungsverbot in der juristischen Aufarbeitung dieser Fälle wird also mit einer überkommenen Justizstruktur gearbeitet. Die strafrechtliche Verfolgung setzt auf allen Hierarchieebenen an, läuft allerdings langsam und das Strafmaß variiert stark. Rechtliche Kriterien stehen in der Anklageerhebung und Verurteilung klar vor politischen Kriterien.

Rund 25 Jahre nach dem Ende der Pinochet-Diktatur gibt es nicht nur Kritik an der unzureichenden Aufarbeitung der Militärdiktatur, sondern auch eine Debatte über das autoritäre Erbe im politischen System. Deutlich macht dies beispielsweise die Diskussion über die Ablösung der aus der Militärdiktatur stammenden Verfassung. Einer ganzen Reihe neoliberal ausgerichteter, marktradikaler Reformen in der Militärdiktatur führten zu einer Abkehr von einem wohlfahrtsstaatlichen Modell und zur Privatisierung großer Teile der staatlichen Produktion. Damit ging einher, dass die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurückgefahren und dem Markt überlassen wurde. Dies führte beispielsweise zu einer schrittweisen Privatisierung des Bildungs-, des Gesundheits-, wie auch des Rentensystems. Rückblickend lässt sich feststellen, dass die demokratischen Regierungen zwar versuchten, den sozialen Folgen einer marktradikalen Politik entge-

genzuwirken, im Grunde aber am neoliberalen Modell festhielten und dieses noch weiter vertieften. Diesen traditionellen Parteien wird deshalb von einer neuen Generation vorgeworfen, das Erbe der Militärdiktatur weiter fortgetragen und verfestigt zu haben.

CHILE ALS NEOLIBERALES MODELL

Entgegen der Diskurse von Modernisierung, Fortschritt und Entwicklung geht der Trend in Lateinamerika im 20. Jahrhundert in Richtung einer durchgängigen Zunahme sozialer Ungleichheit, auch wenn sich in den 1960er und 1970er Jahren kurzzeitig eine deutliche Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit beobachten ließ. Die Umkehr dieser Entwicklung und damit die weitere Öffnung der sozialen Schere ist im Zusammenhang mit der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise der 1980er Jahre (der sogenannten »verlorenen Dekade« in Lateinamerika) sowie der darauffolgenden Strukturanpassungsprogramme zu sehen, was sich gerade auch in der Sozialstruktur und der Zusammensetzung sozialer Klassen widerspiegelt.

In Chile steigt die Ungleichverteilung von Einkommen seit den 50er Jahren – mit einer kurzfristigen Verbesserung in den Jahren der *Unidad Popular* – konstant an. Der Putsch von 1973 hat hier eine herausragende Bedeutung, da er nicht nur den chilenischen Weg zum Sozialismus beendete, sondern Chile zu einem Laboratorium für neoliberale Politikrezepte machte. Quasi in Reinform, ohne auf »Marktverzerrungen« wie Menschenrechte, Gewerkschaften etc. Rücksicht nehmen zu müssen, konnten ab 1975 die neoliberalen Lehren in die Praxis umgesetzt werden. Der chilenische Sozialwissenschaftler Juan Valdés stellte 1993 treffend fest: »Nirgendwo wandte man die neoklassische Theorie in größerer Reinheit und mit mehr Radikalismus an als hier. Und was noch wichtiger ist: In keinem Fall hatte man die Kühnheit, mit ihr die Gründungsphilosophie einer neuen Gesellschaft verfassen zu wollen.«

Doch war das neue, neoliberale Modell auch an den eigenen Ansprüchen gemessen keineswegs durchgängig erfolgreich. Nach einem tiefgreifenden Strukturprogramm im April 1975 geriet das Land in eine ökonomische und soziale Krise. Direkt nach Beginn der »Schock-Therapie« stürzte das Land zunächst einmal in eine tiefe Rezession, in deren Verlauf das Bruttoinlandsprodukt um 12,9 % sank. Die Geldwertstabilität – das

oberste Ziel neoliberal-monetaristischer Politik – konnte jahrelang nicht erreicht werden. Die Inflationsrate lag in der Zeit von 1974–1989 im Jahresdurchschnitt bei 57,3 %. Mit dem Einsetzen der Schockpolitik stieg die Arbeitslosenrate zweistellig an und erreichte zwischen 1975 und 1979 im Jahresdurchschnitt 15 %. Im Vergleich dazu war die Arbeitslosenquote in der Allende-Zeit mit 3,9 % deutlich niedriger. Schärfste Repression und systematischer Terror unterdrückten den massiven Unmut in der Bevölkerung und sicherten die Rahmenbedingungen zur Fortführung des Experiments. Erst zwischen 1976 und 1981 zeigten sich erste wirtschaftliche Erfolge. Die Wachstumsraten lagen bei durchschnittlich 7 %, und es wurde begonnen, vom »chilenischen Wunder« zu sprechen. Doch bereits nach kurzer Zeit sank das BIP um 14,8 % und die Arbeitslosenrate schnellte in den Krisenjahren 1983/1984 auf eine Rekordhöhe von über 20 %. In den Folgejahren blieb das Wirtschaftswachstum dann langsam konstant. Das neoliberale Modell in Chile hatte die Krise der 1980er Jahre überstanden und konsolidierte sich, wobei die soziale Frage offen blieb.

Auch wenn sich um 1990 mit dem Abtreten der Militärregierung und dem Einleiten der ersten demokratischen Wahlen, aus denen der Christdemokrat Patricio Aylwin hervorging, ein politisch zentraler wichtiger Machtwechsel vollzog, lassen sich in einer sozio-ökonomischen Perspektive Kontinuitäten erkennen. Das neoliberale Projekt der Diktatur wurde durch die post-diktatorischen Regierungen politisch, ökonomisch und ideologisch abgesichert und vertieft. Der neoliberale Diskurs setzte sich zunehmend durch und wurde durch die hohen Wirtschaftswachstumsraten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre materiell abgesichert. Sozioökonomisch zeigte sich, dass die soziale Schuld der Diktatur auch in Zeiten des Wirtschaftswachstums und gesellschaftlicher Wertschöpfung keineswegs abgetragen worden ist. Die soziale Polarisierung der Gesellschaft, abgelesen am Vergleich der Einkommensverteilung 1987 und 1996, blieb unverändert, was den Fortschrittsoptimismus der ersten Jahre des Übergangs zur Demokratie dämpfte.

Obwohl soziale Ungleichheit eine länderübergreifende Konstante in Lateinamerika darstellt, lassen sich Unterschiede erkennen. Während in den 1990er Jahren Länder wie Brasilien, Chile und Kolumbien sich durch die größte soziale Ungleichheit auszeichnen, gelten Länder wie Uruguay, Costa Rica und Venezuela zu jenen Ländern Lateinamerikas, in denen die Einkommensverteilung

der Haushalte ausgewogener ist, aber dennoch nicht den Verteilungsgrad der Länder Westeuropas erreichen. Doch macht sich soziale Ungleichheit nicht allein am Einkommen fest. Vielmehr sind Faktoren wie Bildung, Gesundheit, Wohnung, Infrastruktur, Lebensqualität, etc. in einen differenzierten und multi-dimensionalen Begriff sozialer Ungleichheit einzubeziehen. Einen Versuch der Operationalisierung stellt in diesem Zusammenhang der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen dar. Im Ländervergleich lag Chile 1998 mit einem Human Development Index (HDI) von 0,826 auf Platz 38. 1993 hatte Chile noch mit einem HDI von 0,882 den 33. Rang belegt. Das bedeutet, dass sich der HDI in Chile sogar während der ökonomisch erfolgreichen Jahre und unter den Regierungen des mitte-links Bündnisses Concertación leicht verschlechtert hat, wenngleich Chile damit im lateinamerikanischen Vergleich noch immer eine Spitzenstellung einnimmt. Beim Lesen der Daten ist allerdings nicht der Fehler des methodologischen Nationalismus zu begehen, nachdem die Daten homogen auf das gesamte nationale Territorium zu projizieren wären. Vielmehr gibt es immense regionale Unterschiede. Während der HDI der Kommune Vitacura in Santiago, in der die reiche Elite des Landes lebt, einen Wert von 0,924 erreichte, lagen die Werte der ländlichen, überwiegend von *Mapuche* bewohnten Kommunen um 0,6. Damit entspricht der Index der menschlichen Entwicklung in Vitacura dem von Japan und den Niederlanden, während die menschliche Entwicklung in den Kommunen mit hohem Anteil an ländlicher *Mapuche*-Bevölkerung der von Botswana entspricht. Dabei haben soziale Ungleichheit und Benachteiligung verschiedene Dimensionen, die entlang von sozialen Differenzen wie Gender, Ethnizität, Klasse, Alter, Region, etc. erfolgen. In den Sozialwissenschaften wird die Verschränkung (und zum Teil Potenzierung) von Benachteiligung entlang verschiedener Differenzen unter dem Stichwort *Intersektionalität* diskutiert (siehe: InterAmerican Wiki: Terms – Concepts – Critical Perspectives, URL: www.uni-bielefeld.de/cias/wiki/i_Intersectionality.html).

Während die soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren also weiterhin anstieg und sich ein harter Armutskern um 20 % der Bevölkerung ausbildete, gelang es dem chilenischen Staat in den 2000ern die Armutsraten zu senken. Von 2003 auf 2006 verringerte sich die Armutsrate um 5 % von 18,7 auf 13,7 %. 2013 lag die Armutsrate dann nur noch bei 7,8 %, was auf eine zunehmend aktivere und auf



Umverteilung bedachte Sozialpolitik zurückzuführen ist. Die sozialpolitischen Maßnahmen haben insofern gegriffen, als dass die absoluten Armutszahlen gesenkt werden konnten. Dies hat die in Chile markant ausgeprägte soziale Kluft zwischen Arm und Reich allerdings nicht überwunden. Allein 1 % der Bevölkerung erzielt nach neuesten Angaben der Vereinten Nationen 33 % des gesamten Einkommens. 2015 erzielte das reichste Zehntel das 26,5-fache des Einkommens des ärmsten Zehntels. 1996 lag dieser Faktor bei 28. Hier mag eine leichte Verbesserung abzule-

sen sein, doch der Blick auf größere historische Konjunkturen belegt die ungleiche Einkommensverteilung in der chilenischen Gesellschaft. 2013 lag der Gini-Koeffizient¹ der Einkommensverteilung noch bei 0,465, ein Wert, der sogar höher liegt als in den 1950er Jahren (0,44). Insofern hat die Senkung der Armutsquote weniger zur Verringerung der Ungleichheit beigetragen, vielmehr ist in Chile ein Fahrstuhleffekt zu beobachten, bei dem alle sozialen Klassen gleichermaßen aufgestiegen sind.

Die in ihrem Land allseits präsente soziale Ungerechtigkeit ist für viele Jugendliche in Chile ein Grund sich politisch zu engagieren. Nicht nur wenn sie zum 11. September, dem Jahrestag des Militärputsches, auf die Straße gehen und darauf aufmerksam machen, dass die strukturellen Folgen des in der Militärdiktatur eingeführten sozioökonomischen Modells allgegenwärtig sind und fordern, dass diese politisch angegangen werden muss, um die Diktatur zu beenden. »Erradicar el mercado de la educación es terminar con la dictadura« (Den Markt für Bildung abschaffen heißt mit der Diktatur abzuschließen) oder »Desmercantilizar el agua es terminar con la dictadura« (Wasser nicht vermarkten heißt die Diktatur zu beenden) steht auf ihren Plakaten.

¹ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Messung der Einkommensverteilung, wobei 0 absolute Gleichheit und 1 maximale Ungleichheit bedeutet. In Deutschland war der Gini-Koeffizient nach OECD-Angaben von 0,26 in 1985 auf 0,31 in 2014 gestiegen.



JUGEND PROTESTIERT

Im Jahr 2011 kommt es zum bisherigen Höhepunkt der SchülerInnen- und Studierendenproteste in Chile. Es sind die größten Proteste der Zivilgesellschaft seit dem Ende der Diktatur. Die Jugendlichen schaffen es durch landesweite Uni- und Schulbesetzungen sowie zahlreiche Demonstrationen und kreative Protestaktionen den Normalbetrieb in zahlreichen Bildungseinrichtungen lahm zu legen. Darüber hinaus ziehen sie die Aufmerksamkeit der internationalen Medienlandschaft auf sich. Die zentrale Forderung der Bewegung ist ein öffentliches, kostenfreies, und qualitativ besseres Bildungssystem.

Weite Teile der Bevölkerung unterstützen die Kritik der Jugendlichen, denn die Probleme im Bildungssystem betreffen nicht nur die SchülerInnen und Studierenden selbst, sondern genauso ihre Familien, die ihren Kindern oder Enkelkindern eine gute Ausbildung ermöglichen wollen und dafür oftmals Kredite aufnehmen müssen. Die staatliche Finanzierung des Bildungssystems deckt nicht dessen Kosten, stattdessen wird ein Großteil des Bildungssystems über Schulgelder und Studiengebühren finanziert. Zudem liegt ein Großteil der Bildungseinrichtungen in den Händen privater Schulträger, die nur unzureichend vom Staat kontrolliert werden. Das treibt solche Blüten, wie die Einrichtung von CSI-Studien im Anschluss an die bekannte US-amerikanische Kriminalserie, deren Abschluss allerdings für die Gerichtsmedizin nicht anerkannt wird. Von staatlicher Seite wird keine ausreichende Finanzierung des Bildungssystems bereitgestellt und die Verantwortung für das Bildungssystem an Dritte ausgelagert. Dies führt zu großen Unterschieden in der Qualität von Bildung, zu fehlenden Bildungsstandards sowie der Veruntreuung von Studiengebühren, um nur einige zentrale Probleme zu nennen.

»Y va caer, y va caer, la educación de Pinochet!«

Das Bildungssystem sah in Chile nicht immer so aus. Mit dem Demo-Spruch »Das Bildungssystem Pinochets zu Fall bringen!« macht die Studierendenbewegung rund zwanzig Jahre nach dem formalen Ende der Militärdiktatur darauf aufmerksam, dass zahlreiche strukturelle Reformen aus dieser Zeit weiterhin fortwirken. Das aktuelle chilenische Bildungssystem wurde im autoritären Kontext der Pinochet-Diktatur durchgesetzt und stand in einer Reihe mit einer Vielzahl anderer marktradikaler Reformen, die dar-

auf abzielten, sich von Formen staatlichen Interventionismus abzuwenden. In Bezug auf das Bildungssystem bedeutete dies, dass mit einem politischen Kurs gebrochen wurde, der die Ausweitung des Zugangs zu Bildung und die Schaffung von mehr Chancengleichheit im Bildungssystem als zentrale staatliche Aufgabe ansah. In der Verfassung von 1925, die vor der Diktatur in Kraft war, wurde dem Staat die vorrangige Verantwortung für das öffentliche Bildungssystem zugesprochen. In den konstitutionellen Garantien Kapitel III, Artikel 10 heißt es »La educación pública es una atención preferente del Estado« (Constitución 1925). In der Grundsatzklärung des Militärregimes von 1974 wird dem Staat dagegen eine unterstützende (subsidiäre) Funktion für den Bildungsbereich zugesprochen und zwar nur in den Bereichen, in denen die private Initiative nicht ausreicht. Auf der anderen Seite wird nicht-staatlichen Akteuren das Recht zugestanden, Bildungseinrichtungen frei zu eröffnen und zu betreiben. Diese Grundsätze wurden später in der Verfassung von 1980 (Artikel 19, Paragraph 11) verankert. Die von der Militärregierung verabschiedete – und bis heute weitgehend intakte – Verfassung bildet damit den Ausgangspunkt für die großflächige Privatisierung des Bildungssystems. Die in der Verfassung abgesicherten Prinzipien werden 1981 in eine tiefgreifende Bildungsreform übersetzt. Durch ein neues Finanzierungsmodell wurden öffentliche Schulen in einen direkten Wettbewerb um die Erringung staatlicher Subventionen mit den privaten Institutionen gestellt. Vor der Reform besuchten 80 % aller SchülerInnen des Landes eine öffentliche Schule. Privatschulen erhoben hohe Schulgelder und wurden vornehmlich von den obersten Einkommensschichten in Anspruch genommen. Dieses Verhältnis verschiebt sich in Folge der Reformen. Der Anteil privater Schulträger nimmt stark zu, während Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft oft nicht mit der privaten Konkurrenz mithalten können und auf Grund der fehlenden staatlichen Unterstützung schließen müssen. Diese Entwicklung ist insbesondere besorgniserregend, weil der Staat die Bildungsträger nur unzureichend kontrolliert. Das führte zu einer zunehmenden sozialen Segregation im Bildungssystem. Bis auf wenige einzelne Ausnahmefälle traditionsreicher und sehr guter öffentlicher Schulen fand – angetrieben durch die Vernachlässigung der öffentlichen Schulen – eine regelrechte Flucht von Mittel- und Oberklasse-Familien zu privaten Schulen statt.

Paradox erscheint, dass es im Kontext

dieser Politik zu einer Bildungsexpansion in Chile kam. Der Begriff wird zumeist mit einer Politik der sozialen Öffnung des Bildungswesens und mehr Chancengleichheit in Verbindung gebracht. Zwar lässt sich in einer quantitativen Perspektive eine Ausweitung des Bildungssektors beobachten, jedoch ist diese mit einer tiefgreifenden Transformation desselben verbunden. Die Expansion des Bildungssystems verläuft parallel zu einer Privatisierung. Es ließe sich auch sagen, dass diese durch den privaten Sektor vorangetrieben wurde. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Ausgaben für Bildung extrem gekürzt. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sanken die öffentlichen Ausgaben für Bildung zwischen 1982 und 1989 von 4,9 % auf 2,5 % des BIP. Die fehlende Finanzierung von Bil-

dungsinstitutionen wurde über Schulgelder und Studiengebühren auf die privaten Haushalte verlagert. Damit betraf die Reduktion des Bildungsbudgets insbesondere die unteren Einkommensschichten, da sie am stärksten von den staatlichen Finanzierungen im Bildungsbereich abhängig waren. Am härtesten traf die Reform den universitären Sektor. Mit der Reform wurden extrem hohe Studiengebühren eingeführt. Das Ausmaß dieser Gebühren – die bis heute erhoben werden – wird im Vergleich zu den Einkommensverhältnissen des Landes deutlich. 2001 betrug die durchschnittliche Studiengebühr eines Jahres ungefähr zwei Drittel eines mittleren chilenischen Haushaltseinkommens.

Fuente OCDE: Panorama de la Educación Indicadores de la Educación 2015, Gráfico B3.2., p. 251 www.oecd-ilibrary.org

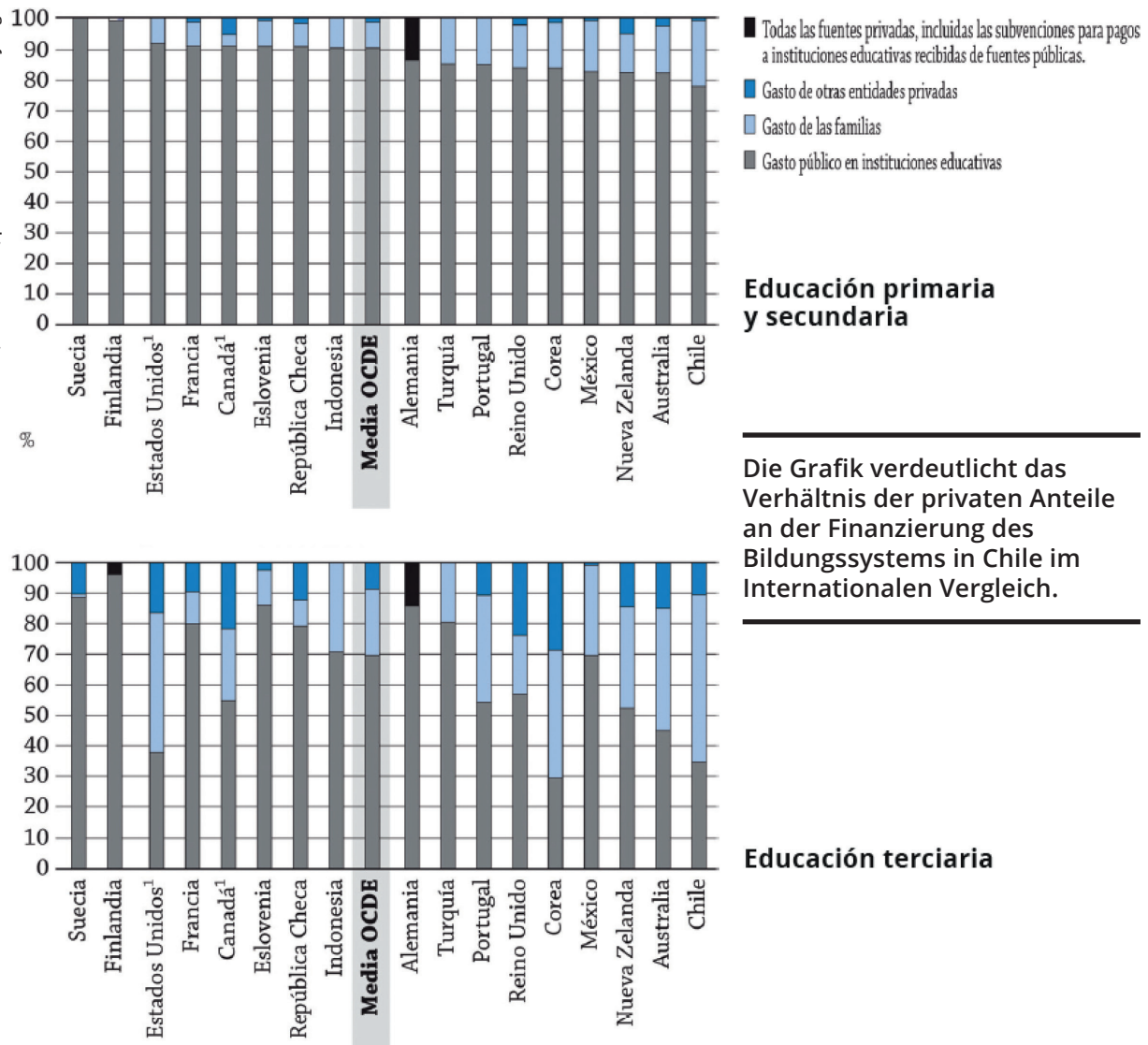


Gráfico de la OCDE sobre la distribución del gasto público y privado en instituciones educativas por nivel de educación (2012)

Die finanzielle Belastung für die Familien ist damit sehr hoch. Um einen Universitätsabschluss zu erlangen nehmen Studierende und ihre Familien Kredite auf, was bedeutet, dass sie auch nach Abschluss des Studiums finanziell extrem belastet sind. Insbesondere bitter ist das Abzahlen des Studienkredites für die vielen AbsolventInnen, die keine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle bekommen, sondern auch trotz Universitätsstudium im Niedriglohnsektor arbeiten müssen. Das ist keine Seltenheit, denn auf Grund der fehlenden Regulierung des tertiären Bildungssektors ist eine deutliche Diskrepanz zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt zu beobachten. Mit Blick auf diese Problematik erscheint es fast zynisch, dass der chilenische Staat seit Mitte der 2000er ein Kreditsystem entwickelt hat, das zu mehr Chancengleichheit führen soll. Mit dem *Crédito con Avál del Estado* ermöglicht der Staat es auch für Angehörige unterer Einkommensschichten einen Studienkredit bei einer Bank aufzunehmen, indem von staatlicher Seite die Bürgschaft für denselben übernommen wird. Politische Maßnahmen wie diese wurden von der Studierendenbewegung stark kritisiert. Auch andere Reaktionen der Politik auf die zunehmenden Proteste, wie die Ausweitung von Stipendienprogrammen oder die Aufhebung der Studiengebühren für Familien, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt, werden als unzureichende Lösungen angesehen. Vielmehr fordern die Jugendlichen ein grundlegendes Umdenken. Bildung soll als soziales Recht verstanden werden, das vom Staat garantiert wird.

Ohne die Repressionen und Gewalt gegen jegliche Opposition wären diese Reformen im damaligen Chile sicher nicht durchsetzbar gewesen. Schwerwiegend ist, dass es in Chile nach dem Übergang zur Demokratie keinen Bruch mit den von der Militärdiktatur durchgeführten Strukturreformen gab. Vielmehr wurde die aus dieser Zeit geerbte Ordnung in eine Erfolgsgeschichte von Stabilität und Modernisierung gehüllt und nicht mehr hinterfragt. Eben deshalb wird in Chile oft von einem »vor« und einem »nach« 2011 gesprochen. Denn die junge Generation schafft es das aus der Militärdiktatur geerbte politische und wirtschaftliche Modell in Frage zu stellen. Es ist eine Generation, die am Ende der Diktatur bzw. zu Beginn der Demokratie geboren wurde. Viele von ihnen gehen gar nicht das erste Mal auf die Straße. Bereits zu Beginn der 2000er und wiederum im Jahr 2006 kam es zu Protesten von SchülerInnen, letztere wurden unter dem emblematischen Namen *Pinguinrevolution* bekannt, denn insbesondere waren es minderjährige Schüle-

rinnen und Schüler, die in ihren Schuluniformen (weiße Hemden mit schwarzer Jacke) auf die Straße gingen und von Weitem wie viele kleine Pinguine aussahen. Doch 2011 übertrifft alles, was sie bisher erlebt haben. Die Besetzungen von Bildungseinrichtungen dauern insgesamt mehrere Monate, oftmals auch über ein halbes Jahr. Der normale Universitätsbetrieb fällt aus, stattdessen organisieren sich die Jugendlichen selbst, laden den Protesten nahestehende Intellektuelle zu eigenen Bildungsveranstaltungen ein, organisieren ihr Leben in den Besetzungen eigenständig, diskutieren über den Zustand ihres Landes und entwickeln ihre eigenen Utopien, wie es einmal anders sein sollte.

Sowohl in den Diskussionen über aktuelle Missstände als auch in den Zukunftsvisionen der Jugendlichen lassen sich immer wieder Bezüge zur Vergangenheit entdecken. Nicht nur weil die Diktatur permanent als Ursprung aktueller gesellschaftlicher Probleme ausgemacht wird, sondern auch weil die Jugendlichen die politischen Ideen der *Unidad Popular* als positiven Referenzpunkt heranziehen und in einer kollektiven Erinnerung heutiger Protestbewegungen eine Kontinuität mit historischen sozialen Bewegungen gezogen wird und den Opfern der Militärdiktatur gedacht wird, die damit in aktuellen sozialen Kämpfen eine Lebendigkeit finden. Deutlich wird dies in einer öffentlichen Stellungnahme der Gedenkstätte Londres 38 aus dem Jahr 2011. Diese zieht einen solidarischen Bezug zwischen ihrem Kampf um die Erinnerung und den Protesten für ein kostenfreies und öffentliches Bildungssystem.

»En Londres 38, recinto que fue usado como centro de represión y exterminio, fueron asesinados o hechos desaparecer destacados líderes estudiantiles que en los años previos a la dictadura militar lucharon por una educación superior pública y de calidad, a la que tuvieron acceso los hijos e hijas de los/as trabajadores. Entre sus luchas también estuvo la democratización de las universidades, así como su desarrollo para un proyecto democrático de Chile. Esas luchas siguen presentes en los y las estudiantes de hoy y por ello las hacemos nuestras.«²

Die Studierendenbewegung stellt eine neue Generation dar, die eine Debatte aufwirft, welche die Generation ihrer Eltern nicht bewältigt hat. Oft wird auch davon gespro-

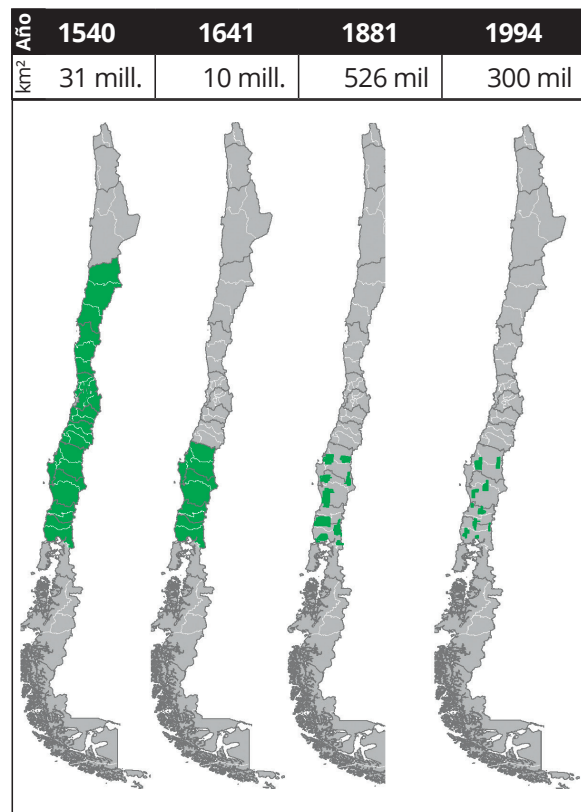
² Londres 38 Espacio de memoria: Luchan por educación gratis y de calidad 2011, URL: www.londres38.cl, 2011.

chen, dass diese Generation es geschafft hat, das Trauma der Diktatur hinter sich zu lassen. Die Jugendlichen schaffen es, die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit neu aufzuwerfen und das Land zu re-politisieren. Eben deswegen markiert das Jahr 2011 den Beginn eines gesellschaftlichen Umbruchs. Dieser Umbruch zeichnet sich nicht nur in einem Erstarren neuer sozialer Bewegungen ab oder durch ein gesellschaftliches Umdenken, sondern reflektiert sich auch in der Entstehung neuer politischer Parteien, die aus der Jugendbewegung hervorgegangen sind, und mittlerweile mit dem Zusammenschluss in einem dritten Parteienbündnis mit dem Namen ›Frente Amplio‹ das traditionelle Kräfteverhältnis auf den Kopf gestellt haben. Auch hier werden historische Bezüge deutlich, wenn beispielsweise der Frente Amplio als »La vía chilena al socialismo 2.0.« bezeichnet wird.

MAPUCHE – ZWISCHEN ANERKENNUNG UND REPRESSION

Der sogenannte »Mapuche-Konflikt« ist ein weiteres zentrales Konfliktfeld der chilenischen Gesellschaft. Das indigene Volk der Mapuche (deutsch: Menschen der Erde; Mapu = Erde, che = Mensch) gehört in Lateinamerika zu den wenigen indigenen Völkern, die nie von den spanischen Eroberern besiegt werden konnten. Und auch dem chilenischen Nationalstaat gelang es erst Ende des 19. Jahrhunderts, nach einem nahezu 70 Jahre währenden Krieg, die Mapuche militärisch zu bezwingen. Im heutigen Chile leben laut der Volkszählung von 1992 noch 928.060 über 14-jährige Mapuche, wovon aber nur 143.769 in comunidades, indigenen ländlichen Gemeinden, im Süden Chiles angesiedelt sind. Damit machen die Mapuche knapp 10 % der chilenischen Gesellschaft aus.

Eine historische Grunderfahrung der Mapuche im Verhältnis mit dem chilenischen Staat ist der Verlust von Land. Von den spanischen Eroberern wurden sie in der Kolonialzeit auf das Gebiet südlich des Flusses Bío-Bío zurückgedrängt. Dabei konnten die Mapuche allerdings im 17. Jahrhundert weite Teile der argentinischen Pampa erschließen. Ende des 19. Jahrhunderts wurden sie dann nach der militärischen Niederlage gegen den chilenischen Staat in Reservenatens zusammengepfercht. Doch auch diese Landtitel in den Reservaten wurden in der Folgezeit – vor allem auch unter der Militärdiktatur – nicht respektiert, so dass sich der Landverlust fortsetzte.



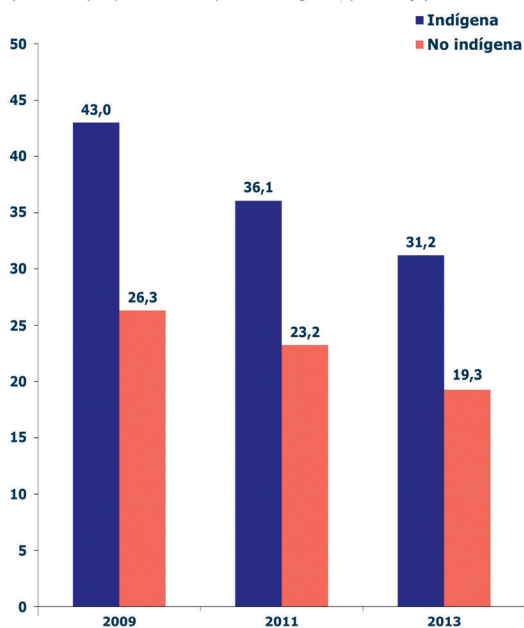
Mapa 2: Elaboración propia basada en futurawun.blogspot.de/p/mapas.html

Die Abbildung verdeutlicht das Ausmaß der Landverluste seit dem 16. Jahrhundert.

Parallel zum Landverlust sind auch die hohen Armutsraten der Mapuche-Bevölkerung hervorzuheben, die noch während der Kolonialzeit von den spanischen Siedlern als äußerst wohlhabend beschrieben wurden. Erst in den letzten Jahren ist eine Trendwende zu erkennen. Denn die indigenen Völker profitierten von der Reduzierung der Armutsraten in der letzten Dekade stärker als die nicht-indigene Bevölkerung. So reduzierte sich im Zeitraum von 2009 bis 2013 die multidimensionale Armutsrate der nicht-indigenen Bevölkerung von 26,3 auf 19,3 % um 7 Prozentpunkte, während die der indigenen Bevölkerung sich von 43 auf 31,2 % um 11,2 Punkte reduzierte. Dennoch ist Indigenität noch immer mit einem hohen Armutsrisiko verbunden. Während 2013 die Armutsrate der nicht-indigenen Bevölkerung laut dem Human Development Report der Vereinten Nationen von 2016 bei 19,3 % lag, ließ sich bei der indigenen Bevölkerung ein Anteil von 31,2 % ausmachen. Aber auch innerhalb der indigenen Bevölkerung gibt es massive Unterschiede, so sind die Armutsraten im ländlichen Bereich weitaus höher als in den urbanen Ballungsgebieten. Auch im Bildungsbereich konnte die Kluft zwischen indigener und nicht-indigener Bevölkerung verkürzt werden. Schlossen noch 1996 nur 39 % der indigenen Schülerinnen

(Población por pertenencia a pueblos indígenas, porcentaje)

Figura 3: Población en situación de pobreza multidimensional



Die Grafik verdeutlicht die Entwicklung multidimensionaler Armutsraten. Diese beziehen nicht nur Einkommensverhältnisse ein, sondern messen auch Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen als zentrale Dimensionen mit. Die Grafik verdeutlicht zudem das Verhältnis zwischen indigener und nicht-indigener Bevölkerung.

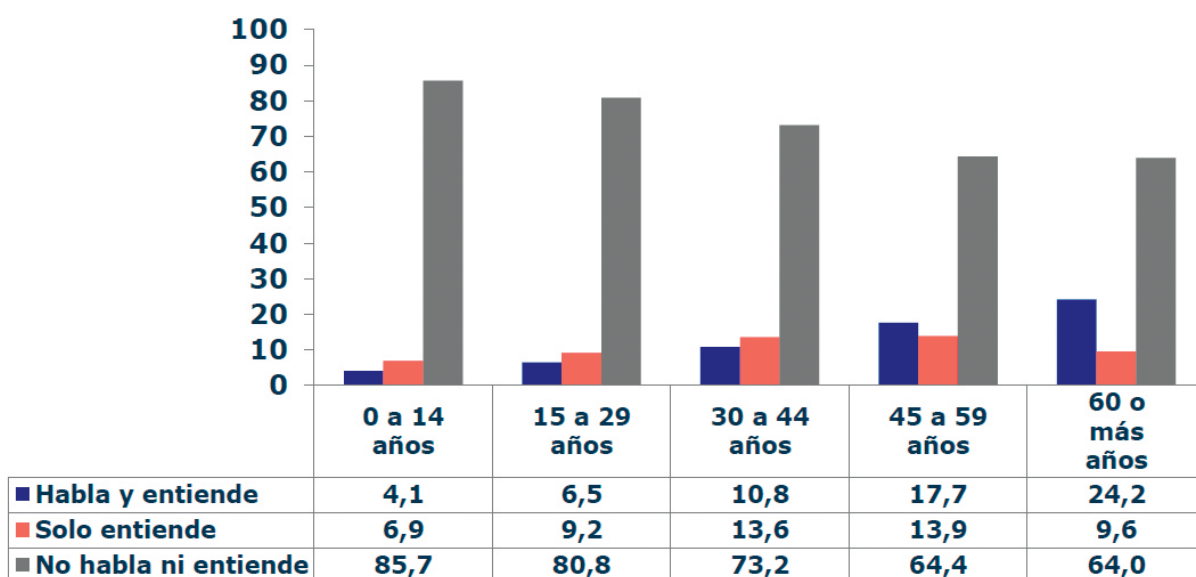
und Schüler die Grundschule ab, so waren es 2013 80,6 %. Das waren allerdings noch immer 4 % weniger im Vergleich zur nicht-indigenen Bevölkerung, die auch im Durchschnitt noch immer höhere Bildungsabschlüsse erzielte. Für die Mapuche geht dieser soziale Aufstieg, trotz einer vorsichtigen multikulturellen Politik der Anerkennung, mit einer zunehmenden

Assimilation einher. In der interkulturellen Dekade der 1990er Jahre hat Chile kaum zur weltweiten Diskussion um bilinguale interkulturelle Bildung beigetragen. Erst mit der späten Unterzeichnung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfolgten erste Ansätze zur Institutionalisierung der bilingualen interkulturellen Bildung. Die späte und zögerliche interkulturelle Bildungspolitik drückte sich unter anderem auch im Verlust indigener Sprachen aus. So sprechen und verstehen 2009 nur 12 % der indigenen Bevölkerung ihre Sprache – drei Jahre zuvor waren es noch 14,2 %. Die große Mehrheit der indigenen Bevölkerung – 77,3 % – versteht und spricht nicht die eigene indigene Sprache. Dies ist gerade auch darauf zurückzuführen, dass die jüngeren Indigenen – nach Zahlen des Bildungsministeriums von 2012 fast zu 90 % – keine autochthone Sprache mehr sprechen.

Die untere Grafik verdeutlicht die Sprachkenntnisse und den Gebrauch indigener Sprachen in der indigenen Bevölkerung.

Trotz dieser ersten Schritte zur Anerkennung ist das Verhältnis zwischen indigener Bevölkerung und chilenischem Staat noch heute eines der Grundprobleme in Chile. Gründe dafür sind Konflikte aufgrund des chilenischen Wirtschaftsmodells. Hier sind die Landkonflikte mit den Forstkonzernen sowie Konflikte um Megaprojekte – vor allem Stauseen – zu nennen. Aber es gibt auch noch immer kulturelle Dissonanzen, die sich nur aus der historischen Perspektive der Fortdauer kolonialer Beziehungen erklären lassen.

Figura 5: Conocimiento y uso de lenguas originarias



Die Grafik verdeutlicht die Sprachkenntnisse und den Gebrauch indigener Sprachen in der indigenen Bevölkerung.

GESCHEITERTE EROBERUNG

Die spanische Eroberung setzte in dem heutigen Chile nach einem gescheiterten Versuch von Diego de Almagro 1535 unter dem Conquistador Pedro de Valdivia ein, der 1541 die heutige Hauptstadt Santiago de Chile gründete. Valdivia traf auf den heftigen Widerstand der dort lebenden indigenen Bevölkerung, der heutigen Mapuche, die sich bereits den Eroberungsversuchen der Inkas erfolgreich widersetzt hatten. Die Spanier unter Pedro de Valdivia führten angesichts des Widerstandes der Mapuche harte Strafpraktiken ein, so das Verstümmeln von Menschen (u.a. durch das Abschneiden der Nase) sowie auch die sonst weithin verbotene Versklavung indigener Bevölkerung. Die Mapuche zeichneten sich vor allem dadurch aus, dass sie Kriegstechniken (wie die Heeraufstellung) und fremdkulturelle Objekte der Spanier (wie Pferde und Waffen) übernahmen und erfolgreich in die eigene Kultur integrierten. Auf diese Weise gelang es dem Kriegshäuptling Lautaro, der zeitweise in spanischer Gefangenschaft aufgewachsen war, Pedro de Valdivia zu bezwingen und zu töten. Weitere Kriegshäuptlinge (*toquis*) wie Caupolicán waren militärisch ähnlich erfolgreich. In dieser Zeit konnten die Mapuche sogar die territoriale Kontrolle bis weit über die Andenkordillere hinaus in die argentinische Pampa ausdehnen.

Da es den Spaniern nicht gelang, die Mapuche militärisch niederzuwerfen, kam es im 17. Jahrhundert zu diplomatischen Beziehungen zwischen spanischer Krone und den Mapuche. Die Parlamente waren Orte der politischen Kommunikation zwischen Mapuche und Spaniern bzw. später Chilenen. Besonders bedeutsam war das Parlament von Quilín im Jahre 1641. Hier erkannte die spanische Krone ein unabhängiges Mapuche-Gebiet südlich des Flusses Bío-Bío an. Nach der politischen Unabhängigkeit von Spanien bestätigte die neue Republik Chile 1825 die Unabhängigkeit der Mapuche-Nation auf dem Gebiet südlich des Grenzflusses Bío-Bío im *Tratado de Taphue* (Vertrag von Taphue).

Doch sollte diese diplomatische Anerkennung nicht lange Bestand haben. Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs die Nachfrage nach fruchtbarem Land und der chilenische Staat strebte die Kolonisation und Eingliederung des Mapuche-Territoriums in den chilenischen Nationalstaat an. In diesem Zusammenhang wurden auch zahlreiche Siedler aus Europa – u.a. Deutschland, Ita-

lien und der Schweiz – angeworben. Dabei ging es oftmals um Mapuche-Gebiet. Nachdem der Offizier Cornelio Saavedra bereits 1861 einen Plan zur Eroberung der Araucanía – wie das Mapuche-Territorium in zeitgenössischen Quellen auch genannt wird – vorgelegt hatte, setzte 1869 dann eine Militäroffensive zur – wie es euphemistisch heißt – »Befriedung Araukariens« ein. Der Feldzug wurde von Militätkampagnen auf argentischer Seite gegen die in der Pampa und im Norden Patagoniens lebenden indigenen Bevölkerungsgruppen flankiert. Den mit Repetiergewehren und Kanonen modern ausgerüsteten Militärs hatten die Mapuche wenig entgegenzusetzen. Der letzte große *toqui* (mapudungun: Kriegshäuptling), Kilapan, starb Mitte der 1870er Jahre. 1881 waren die Mapuche militärisch besiegt. 1883 kam es zu einem letzten verzweifelten Aufstand der Mapuche, der brutal niedergeschlagen wurde.

Mit der Niederlage war die Lebensweise der Mapuche, die zuvor auf Viehwirtschaft und Großfamilien basierte, zerstört und die Mapuche wurden in Reservaten, den sogenannten *reducciones*, zusammengepfercht. Hier wurden die Mapuche zwangsweise zu Kleinbauern. Der Umgang des chilenischen Staates mit den Mapuche war durch einen starken biologischen Rassismus geprägt, so wurde alternativ zur Reservatslösung beispielsweise auch offen der Völkermord oder die Vertreibung der Mapuche von dem nun chilenischen Gebiet diskutiert. Ein Beispiel für die Entwürdigung der vormals unabhängigen Mapuche ist deren Zurschaustellung in sogenannten »Völkerschauen«, wie sie von dem Deutschen Richard Fritz 1883 in Paris, Hamburg und Berlin organisiert wurden.

Trotz der widrigen Umstände gelang es den Mapuche sich die *reducciones* (Reservate) als *comunidades* (Gemeinschaften) anzueignen. Diese *comunidades* wurden zu den zentralen Orten an denen Mapuche-Kultur gepflegt und gelebt wurde. Doch auch diese *comunidades* gerieten ab den 1920er Jahren unter Druck. Das Gemeinschaftsland sollte privatisiert und die *comunidades* damit de facto aufgelöst werden. Dem konnten sich die Mapuche lange widersetzen. Sie gründeten schon früh Organisationen, die für die Rechte der Mapuche eintraten und bildeten partiell Allianzen mit Gruppen der chilenischen Gesellschaft. Vor allem im Rahmen der Agrarreform der sozialistischen Regierung von Salvador Allende erhielten die Mapuche zwischen 1970 und 1973 viele Ländereien zurück.

MAPUCHE-KONFLIKT HEUTE

In der Militärdiktatur (1973–1990) unter der Führung von Augusto Pinochet wurden die Mapuche verfolgt und unterdrückt. Mit dem Ende der Diktatur 1990 und der ersten Regierung des demokratischen Mehrparteienbündnisses *Concertación* unter der Führung von Präsident Patricio Aylwin (1990–1994) begann in Chile eine staatliche Anerkennungspolitik, die zentrale Forderungen der Mapuche-Bewegung aufnahm. Diese Politik fand ihren Ausdruck in der Übereinkunft von *Nueva Imperial*, die ein neues Verhältnis zwischen indigenen Völkern und der chilenischen Mehrheitsgesellschaft etablieren sollte.

Bereits unter der zweiten Regierung der *Concertación* (Eduardo Frei, 1994–2000) erwies sich der Konsens von *Nueva Imperial* als bröckelig, da diese Regierung vor allem wirtschaftliche Interessen vertrat. Insbesondere die hoch-monopolisierte industrielle Forstwirtschaft stand im Konflikt mit den Mapuche-comunidades. Die Forstkonzerne hatten sich – zum Teil illegal – Mapuche-Land angeeignet, und die kleinbäuerliche Landwirtschaft wurde durch die ökologischen Folgen der Forstmonokulturen erheblich eingeschränkt (Absenken des Grundwasserspiegels, Verlust der Artenvielfalt, Pestizidvergiftung). Ein weiteres Konfliktfeld waren Megaprojekte, vor allem im Energiesektor. Der Bau des Staudammkomplexes am Fluss Bío-Bío wurde hier zu einem Symbolkonflikt. Gegen die Voten der Nationalen Umweltbehörde, der Nationalen Behörde für indigene Entwicklung (CONADI) und die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank wurde die dort lebende Gruppe der Pehuenche (eine Untergruppe der Mapuche: dtsch. Menschen des Araukarienzapfens; Pehuen = Araukarienzapfen, che = Mensch) zwangsumgesiedelt und zahlreiche religiöse Stätten der Mapuche geflutet.

Der Bau des Staudamms Ralco am Bío Bío sowie der Brand von Forst-LKWs, der 1997 in einem Landkonflikt in Lumaco von Mapuche gelegt wurde, markierten das Ende des Konsenses und das gleichzeitige Entstehen einer neuen, autonomieorientierten Mapuche-Bewegung. Die Mapuche-Bewegung war getragen von einer lateinamerika-weiten Konjunktur der Einforderung indigener Rechte, die 1992 von den Vereinten Nationen mit dem Jahr für indigene Völker sowie zwei Dekaden, die unter dem Motto der Anerkennung der Rechte indigener Völker standen, befördert.

Auch schien der chilenische Staat Anfang der 2000er die Aufarbeitung des historischen Konflikts mit den indigenen Völkern voran-

zutreiben. Die mit renommierten Anthropologen, Historikern und Mapuche-Vertretern besetzte *Comisión de Verdad Histórica y Nuevo Trato* (Kommission für Historische Wahrheit und einen Neuen Umgang) nahm 2001 ihre Arbeit auf und arbeitete die unrühmliche Beziehung des chilenischen Staates zu den indigenen Völkern detailreich auf. Doch ein Hauptproblem des Berichts liegt vor allem darin begründet, dass die aktuelle Konfliktkonstellation im Bericht nicht analysiert wird. Letztlich liegt der Fokus des Berichts damit auf der »Verdad Histórica«, während die Ausführungen zum »Nuevo Trato« vage bleiben. Der Verdienst, die aktuellen Konflikte differenziert in die öffentliche Debatte einzubringen, kommt dann dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters Rodolfo Stavenhagen zu, der wenige Wochen nach dem Bericht der Kommission »Verdad histórica und Nuevo Trato« erschien. Stavenhagen weist als mexikanischer Experte für indigene Fragen ebenso wie der Kommissionsbericht auf die historischen Wurzeln des Konflikts hin. Aber im Gegensatz zu Nuevo Trato stellt der UN-Berichtersteller den Bezug zur aktuellen Situation her und benennt staatliche Missachtung indigener Rechte, unfaire Prozesse und die unangemessene Anwendung der Anti-Terror-Gesetze. Ebenso werden die in den Gemeinden grassierende Armut, der fehlende Zugang zu Land und Territorium sowie die fehlende Respektierung von Landrechten bei der Durchsetzung staatlich-privater Großprojekte, wie den Staudambau am Bío-Bío, aufgeführt.

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen reagiert damit auf die zunehmende Militarisierung des Mapuche-Konflikts in den 2000ern. Ab 2002 – unter Präsident Ricardo Lagos – setzte eine massive Militarisierung der Region ein, die unter der konservativen Regierung von Sebastián Piñera und dessen Innenminister Andrés Chadwick noch verschärft wurde. So wurde der *lonko* (mapudungun: Häuptling) Pascual Pichun wegen Drohungen gegen den Unternehmer Juan Agustín Figueroa, ehemaliger Landwirtschaftsminister der *Concertación*, auf Grundlage des Anti-Terror-Gesetzes inhaftiert. Das Anti-Terror Gesetz stammt aus der Zeit der Diktatur und wurde 2001 erstmals wieder in dem Mapuche-Konflikt angewandt. Damit wurden protestierende Mapuche in der Öffentlichkeit zu Terroristen gestempelt. Von internationalen Organisationen wurde diese Praxis, wie auch das Einsetzen anonymer, vermummter Zeugen, als schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte scharf kritisiert. Pascual Pichun wurde nach mehreren Jahren in Haft in letzter Ins-

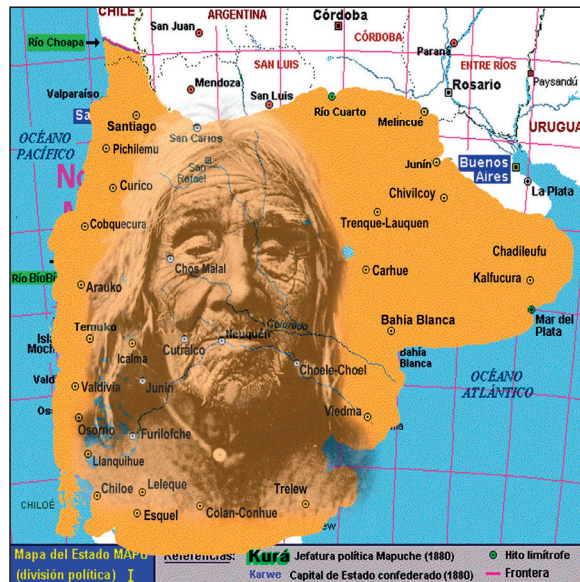
tanz freigesprochen, und starb wenig später an einem Herzinfarkt. Zeitweise waren in Chile hunderte Mapuche unter Terrorverdacht inhaftiert.

In diesem Klima kam es zu einer weiteren Eskalation der Konflikte. Nach einer Besetzung des Fundo *Santa Alicia* 2002 wurde der jugendliche Mapuche Alex Lemun Saavedra von Polizisten tödlich verletzt. Zudem sind zahlreiche Polizeiübergriffe und hunderte Verhaftungen zu vermelden. Die Mapuche reagierten mit Protesten und Hungerstreiks zur Freilassung der politischen Gefangenen. Eine weitere Eskalationsstufe erreichte der Konflikt 2013 als Werner Luchsinger und seine Frau in ihrer – vermutlich von Mapuche – angezündeten Hazienda den Tod fanden. Auf dieser Hazienda war 2008 der jugendliche Mapuche-Aktivist Matías Catrileo von Polizeikugeln getötet worden. Mapuche-Organisationen gehen allein bis 2011 von zwölf im Konflikt getöteten Mapuche aus, während regierungsnahe Zeitungen bis 2014 sieben Tote – drei auf Seiten der Mapuche, drei Landwirte und einen Polizisten – beziffern. Diese gewalttätige Dynamik des Konfliktes zwischen chilenischem Staat und Mapuche-Gemeinschaften im post-diktatorischen Chile war zum Ende der Diktatur nicht absehbar.

KULTURELLE RE-KONSTRUKTION DER MAPUCHE-NATION

Die Zurückerstattung von Land sowie politische Autonomie sind zentrale Forderungen der Mapuche-Bewegung. Dabei hat Land nicht nur eine ökonomisch-politische Bedeutung. Für die ›Menschen der Erde‹ hat Land eine religiöse Bedeutung. Dies kommt in dem Leitbild des *Küme Mongen* zum Ausdruck, das ein Leben in Einklang mit sich selbst und der Umwelt umfasst und sich gegen die kapitalistische (Über-) Ausbeutung der Naturressourcen wendet. Darüber hinaus geht es den *comunidades* und der Bewegung auch um die kulturelle Rekonstruktion der Mapuche-Nation. In diesem Sinne entstand 1992 auf Initiative der Mapuche-Organisation *Consejo de Todas las Tierras* eine mittlerweile breit anerkannt Mapuche-Fahne. Dabei konzentriert sich die Rekonstruktion der Mapuche-Nation nicht allein auf Chile. In den letzten Jahren gab es einen zunehmenden Austausch mit Mapuche in Argentinien, was sich auch in neueren räumlichen Vorstellungen einer die chilenisch-argentinischen Grenzen überschreitenden Mapuche-Nation ausdrückt.

Aber auch im Lokalen gibt es eine neue



Sichtbarkeit von Mapuche-Kultur. Zeremonien wie das Neujahrsfest oder *ngillatún* (religiöse Feiern der comunidades, oft auch zu Erntedank), oder der *Nandu*-Tanz werden – auch in Großstädten wie Santiago – ebenso wiederbelebt wie das *pullín* – Mapuche-Hockey. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Mapuche-Lyrik. 2016 wurde erstmals mit Elicuara Chuilalaf ein Mapuche für den chilenischen Literaturpreis nominiert. Aber auch neue kulturelle Ausdrucksformen wie der Mapuche-Rap zeugen von der kulturellen Kreativität der Mapuche. Auch die starke und frühe eigenständige Präsenz von Mapuche im Internet zeugen davon, dass Mapuche noch immer aktiv fremdkulturelle Elemente übernehmen und in ihre Kultur integrieren können. Entsprechend formulierte Adolfo Millabur, Mapuche-Führer und Bürgermeister der Kleinstadt Tirúa: »Der Mapuche mit Zukunft ist der, der weiß, wie die *cultrún* (Mapudungun: Schamanentrommel) der Machi (Schamanin) gespielt und wie ihr zugehört wird, und der in der Lage ist, ein Handy zu bedienen.«

AUSBLICK: ERINNERN IN DER KULTURPRODUKTION

Die Auseinandersetzung mit Geschichte ist nicht nur in aktuellen Konfliktfeldern präsent, sondern ebenso eine virulente Thematik der chilenischen wie auch der internationalen Kulturproduktion. Daran wird eine Lebendigkeit von historischem Erinnern sichtbar. Hier lassen sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für den Unterricht finden. Ein zentrales historisches Filmdokument über den Putsch von

1973 ist der schwarz-weiße Dokumentarfilm »La batalla de Chile, la lucha de un pueblo sin armas« des chilenischen Regisseurs Patricio Guzmán. Ausgestrahlt wurde der Film in Chile erst 1996, also rund sechs Jahre nach dem Übergang zur Demokratie.³

Weiterhin ist der von Cornelius Costa Gavras 1982 gedrehte Spielfilm »Missing« (Vermisst), der auf dem realen Verschwinden des US-amerikanischen Staatsbürgers Charles Horman beruht, ein wichtiger, und heute noch sehenswerter Beitrag zur Anklage der Menschenrechtsverbrechen der Diktatur gewesen.

Eine frühe, exzellente Hollywood-Auseinandersetzung mit den traumatisierenden Folgen von Folter und der Frage nach Gerechtigkeit und Bestrafung findet sich in dem von Roman Polanski verfilmten Theaterstück »Der Tod und das Mädchen« von Ariel Dorfmann (1994).

Der im Jahr 2012 erschienene und für den Oscar nommierte Spielfilm »No« thematisiert das Referendum über die Fortführung der Präsidentschaft Pinochets, welches den Weg zu freien Wahlen eröffnete. Der Regisseur Pablo Larraín stützt sich mit dem Drehbuch auf das Theaterstück "el plebiscito" des chilenischen Schriftstellers Antonio Skármeta und flechtet Originalmaterial der Wahlkampagne gegen die Diktatur mit ein.

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand lässt sich auch in breiten Massenmedien in Chile eine immer tiefergehende Auseinandersetzung mit der Diktatur feststellen. Im Jahr 2011 sorgte die TV-Serie »Los archivos del Cardenal« für Aufsehen. Die in *Televisión Nacional de Chile* ausgestrahlte Serie setzte sich mit der Arbeit der *Vicaría de la Solidaridad* (Solidaritätsvikariat) auseinander, die sich während der Diktatur gegen die systematischen Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Militärregimes einsetzte. Unter dem Schutz der katholischen Kirche und der Leitung des Erzbischofs Raúl Silva Henríquez leistete die *Vicaría* eine soziale und rechtliche Unterstützung für politisch Verfolgte, unterstützte bei der Suche nach *Detenidos Desaparecidos* (vom Regime entführte und vermisste politische Oppositionelle, die zumeist ermordet wurden), registrierte Menschenrechtsverletzungen und positionierte sich öffentlich gegen die Repression.

Darauf folgt im Jahr 2016 die auf *Chilevisión* ausgestrahlte Serie »Guerrilleros« (www.chilevision.cl/guerrilleros/). Die Dokumentarserie überrascht, denn sie bringt ein

Thema in die gesellschaftliche Debatte, über das lange geschwiegen wurde. So arbeitet die Serie die 80er und 90er Jahre in Chile aus der Perspektive linker revolutionärer Organisationen (vor allem der Frente Patriótico Manuel Rodríguez, FPMR) auf, die während der Diktatur in den – oftmals bewaffneten – Widerstand gingen. Dabei wurden zahlreiche Zeitzeugeninterviews von ehemaligen *Guerrilleros* einbezogen.

Auch die deutsch-chilenische Vergangenheit wurde in den letzten Jahren filmisch aufgegriffen. So erschien im Jahr 2015 der Hollywood-Blockbuster »Colonia Dignidad – Es gibt kein Zurück« des deutschen Regisseurs Florian Gallenberger. In Chile fiel die Premiere 2016 mit dem Besuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck zusammen, der ebenfalls einen Schwerpunkt auf die Bewältigung dieser gemeinsamen Vergangenheit setzte.

International lässt sich zudem der Kurzfilm »El otro 11« des britischen Regisseurs Ken Loach nennen. Dieser erschien 2002 im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes »11'09"01«, in dem Beiträge von elf internationalen Filmmachern zum Jahrestag des 11. September 2001 zusammengestellt wurden. Loach nutzt den Zugang über das Datum, um über die Anschläge am 11. September 2001 hinaus dem Putsch am 11. September 1973 in Chile zu erinnern.

Der 2005 veröffentlichte Dokumentarfilm »Apaga y vámonos« von Manel Mayol thematisiert die Auseinandersetzung zwischen der Mapuche-Pehuenche Bevölkerung und dem multinationalen spanischen Unternehmen ENDESA im Kontext des Baus eines Wasserkraftwerks im Valle de Ralco (Región Bío-Bío), wobei diese Konfliktivität in eine weitere – auch historische – Perspektive gefasst wird.

Patricio Gúzman bringt in seinem 2015 erschienenen Dokumentarfilm Film »El botón de nácar« die Geschichte der indigenen Bevölkerung Chiles mit dem Terror der Pinochet-Diktatur zusammen. Es ist der zweite Teil seiner Dokumentarfilmtrilogie zur Geschichte Chiles, welche mit »*Nostalgia de la Luz*« im Jahr 2010 begann.

³ Der Film ist mit umfangreichem Hintergrundmaterial im Laika-Verlag zu beziehen. In der hier herausgegebenen Reihe »Bibliothek des Widerstands« sind auch weitere Filme, die sich mit politischen Bewegungen in Chile beschäftigen, zu finden.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Allgemein

- Dufner, Georg: Partner im Kalten Krieg. Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile. Frankfurt a.M. 2010.
- Imbusch, Peter, D. Messner, D. Nolte (Hrsg.): Chile heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt 2004.
- Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles. München 2007.

Gesellschaft

- Moulian, Tomás: Chile Actual. Anatomía de un mito. Santiago de Chile 1997.
- Ruderer, Stephan: Das Erbe Pinochets. Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990–2006. Göttingen 2010.
- Valdés, Juan: Die Chicago-Schule. Operation Chile. In: Lateinamerika. Analysen und Berichte. Nr. 17, 1993: 36–60.
- Baer, Willi und Karl-Heinz Dellwo (Hrsg.): Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile. Laika Verlag 2013.

Studierendenbewegung

- Figueroa Cerda, Francisco: Llegamos para quedarnos. Crónicas de la revuelta estudiantil. Santiago de Chile 2013.
- Koch, Pia M.: ¡Y va a caer! Gegen das neoliberale (Bildungs-)System. Chiles Studierendenbewegung 2011–2012. Wien 2013.
- Lafferte, Miguel und Carolina Silva Gallinato (UNICEF): La Voz del Movimiento Estudiantil 2011. Educación Pública, Gratuita y de Calidad. Santiago de Chile 2014.

Mapuche

- Bengoa, José: Historia del pueblo mapuche. Santiago de Chile 1996.
- Kaltmeier, Olaf: Marichiweu! Zehnmal werden wir siegen! Eine Rekonstruktion der aktuellen Mapuche-Bewegung in Chile aus der Dialektik von Herrschaft und Widerstand seit der Conquista. Münster 2004.

Literatur

- Bergenthal, Kathrin: Studien zum «Mini-Boom» der «Nueva Narrativa Chilena». Bern 1999.
- De Querol, Ricardo: Los niños de la represión chilena llenan los silencios. In: El país. URL: www.cultura.elpais.com/cultura/2015/06/09/babelia/1433843677_532023.html (13.06.2015).